Bericht

der

ständeräthlichen Eisenbahnkommission, betreffend Uebertragung der Konzession für eine Eisenbahngesellschaft von Rigi-Kaltbad nach Rigi-Scheidegg.

(Vom 15. Juli 1873.)

Herr Präsident,
Meine Herren!

Unterm 27. November 1872 hat der Kanton Luzern und am 29. gl. Monats und Jahres der Kanton Schwyz den Herren Riggenschach in Olten, Olivier Zschokke in Aarau und Jos. Müller in Gersau für sich oder zuhanden einer Aktiengesellschaft, nach Anleitung der bestehenden Geseze, für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Rigi-Kaltbad über First nach Rigi-Scheidegg Konzessionen erteilt, welche vom Bundesrath, kraft der ihm unterm 23. Dezember 1872 erteilten Vollmacht, am 12. Februar dieses Jahres genhmigt wurden, mit der Bestimmung, daß für den Beginn der Erdarbeiten und die Leistung des Finanzausweises eine Frist von 12 Monaten gegeben sein soll.

Mittlerweile gründete sich in statutarischer Weise mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Franken eine Aktiengesellschaft „Regina Montium“, deren unterm 19. Februar abhier in Gersau vereinbarte Statuten die gesezmäßige Genehmigung erhielten. Das besagte Aktienkapital hat die Gesellschaft in 20,000 auf den Inhaber lautende Aktien von je Fr. 500 eingetheilt.

Das Konsortium Regina Montium hat sich nach dem Art. 1 der Statuten hauptsächlich den Zweck und die Aufgabe gesetzt:

„Eisenbahnen, Gast- und Pensionshäuser an und auf dem Rigi zu erbauen oder käuflich zu erwerben und solche zu betreiben oder betreiben zu lassen, überhaupt aber alle diejenigen Industrien zu kultiviren, welche geeignet sind, den Besuch der Rigi zu vermehren und zu erleichtern.“

Am Schluß der Statuten, S. 19, wird das „Gründungs-Comité“ aufgeführt in folgenden Instituten und Personen:

„Internationale Gesellschaft für Bergbahnen u. s. w.

Als Verwaltungsrath der Gesellschaft kompariren S. 20: Die Herren Kantonsgerichtspräsident Gensch in Schwyz, Präsident, u. s. w.

Die Herren Konzessionäre Riggenbach, Zschokke, Müller haben nun die genannten Konzessionen an diese Aktiengesellschaft Regina Montium abgetreten, und der Verwaltungsrath der Gesellschaft stellt mit Eingabe vom 11. März d. J., nach Vorschrift von Art. 10 des Eisenbahngesetzes vom 23. Dezember 1872, das Gesuch um Genehmigung der Konzessionsübertragung.

Das daherige, unterm 19. Februar 1873 vereinbarte Uebereinkommen lautet:

„Uebereinkommen zwischen den Herren N. Riggenbach in Olten und Olivier Zschokke in Aarau einerseits und Herrn R. Kaufmann-Neukirch in Basel, Namens der Aktiengesellschaft „Regina Montium“ anderseits.“

Art. 1. Die Herren N. Riggenbach u. s. w.

Die dießfalls zur Vernehmung eingeladenen Regierung der Kantone Schwyz und Luzern haben gegen das fragliche Uebertragungsgesuch keine Einwendung erhoben. Nur erklärt die h. Regierung von Schwyz, gegenüber von Art. 2 der Statuten, wonach den Gesellschaftsbehörden freisteht, für einzelne Theile der Verwaltung ein Geschäftsdomizil in Luzern zu bezeichnen, mit Entschiedenheit daran festhalten zu müssen, daß gemäß Art. 2 der Konzession das Domizil für alle Rechtsverhältnisse, soweit sie das auf Schwyzergebiet liegende Bahnunternehmen betreffen, in Gersau zu verbleiben habe.

Der h. Bundesrath ist indessen, in Beziehung auf diese Reservation der schwyzerischen Regierung, mit Recht der Ansicht, daß dießfalls lediglich die Hinweisung auf den ersten Satz der Statuten, welcher in Uebereinstimmung mit Art. 2 der Konzessionen besagt: „Der

Siz der Gesellschaft ist in Gersau,“ sowie auf Art. 8 des Eisenbahngesetzes genüge, um in dieser Richtung jede Beruhigung zu gewähren. Der Art. 8 des angerufenen Gesetzes lautet nämlich dahin:

„Der Siz der Gesellschaft wird jeweilen in der Konzession
„bestimmt.

„Die Gesellschaften haben aber in jedem durch ihre Unter-
„nehmung berührten Kantone ein Domizil zu verzeigen, an
„welchem sie von den betreffenden Kantonseinnehmern belangt
„werden können. Für dingliche Klagen gilt, unter Vorbehalt
„der vom Bunde aufzustellenden Vorschriften über Pfandrechte
„bei den Eisenbahnen (Art. 11), der Gerichtsstand der ge-
„legenen Sache.“

Herr Präsident,
Meine Herren!

Ihre Kommission hat nun, in Uebereinstimmung mit der da-
herigen Erklärung des Bundesrathes, auch bei dieser Uebertragung
in formeller Beziehung nichts gefunden, was bestehenden Vorschriften
des Gesetzes entgegensteht, somit eine Abweisung des Gesuches zur
Folge haben und rechtfertigen könnte, und zwar um so weniger, als
die Uebertragung der fraglichen Konzessionen an eine solche Gesell-
schaft schon in den Konzessionen selbst vorgesehen ist.

Da jedoch auch hier die gleichen Verhältnisse wie bei der
gestern behandelten Uebertragung der Konzession an die neukon-
stituirte Arther-Rigibahngesellschaft walten, und Sie in diesen Ver-
hältnissen Gründe gefunden haben, den Gegenstand zu einer sach-
bezüglichen nähern Untersuchung an den h. Bundesrath zurückzu-
weisen, so ist wohl auch im vorliegenden Falle ein gleiches Vorgehen
angezeigt. Wir stellen daher den

Antrag:

Es sei für einmal in das Uebertragungsgesuch nicht einzutreten,
sondern der Gegenstand an den Bundesrath zurückzuweisen, mit der
Einladung:

Die Frage näher zu untersuchen, ob nicht als Vorbedingung
der Genehmigung der Konzessionsübertragung Kautelen zu verlangen
seien, welche eine Erhöhung der Rückkaufsumme für den Staat aus
Grund dieser Abtretung ausschließen.

Bern, den 15. Juli 1873.

Namens der Eisenbahn-Kommission,
Der Berichterstatter:

A. Keller.

**Bericht der ständeräthlichen Eisenbahnkommission, betreffend Uebertragung der
Konzession für eine Eisenbahngesellschaft von Rigi-Kaltbad nach Rigi-Scheidegg. (Vom 15
Juli 1873.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1873
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	44
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1873
Date	
Data	
Seite	878-880
Page	
Pagina	
Ref. No	10 007 885

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.